



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 01.01.2021 bis 08.01.2021

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afrika: Kontinent wird zunehmend zum Epizentrum der Christenverfolgung	3
Ägypten: USCIRF fordert die Freilassung von Ramy Kamel	4
China: Gefangener des Monats Januar	5
China: Verurteilte Bloggerin ist bekennende Christin	6
Deutschland: "Mitbeten ist notwendig"	7
Deutschland: Konservative Gemeinden kritisieren Latzels Dienstenthebung	8
Deutschland: Rabbiner in Hessen mit antisemitischen Parolen beschimpft	9
Finnland: Die Finnische Evangelische Allianz appelliert an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in Asylverfahren	10
Indien: Hindu-Zeremonie vor katholischer Kirche	11
LAOS: Dorfvorsteher verbietet Ehepaar, Christen zu werden	12
Nigeria: Islamische Extremisten richten fünf Christen hin	13
Pakistan: 12-jährige Christin von Gruppe vergewaltigt. Familie fordert Gerechtigkeit	14
Pakistan: Auch Ahmadi-Anhänger von Blasphemie-Gesetzen betroffen	15
Pakistan: Christ wegen Blasphemie über Social Media-Post nun doch angeklagt	16
PAKISTAN: Vertriebene christliche Familien kehren unter Polizeischutz nach Hause zurück	17
Palästinensische Autonomiegebiete: PA-Ministerpräsident Shtayyeh vergleicht Jesus mit Selbstmordattentätern	18
Weltweit: Blasphemiegesetze sind immer noch auf der ganzen Welt verbreitet	19
Weltweit: Flucht und Angst statt Weihnachtsfrieden	20
Weltweit: Sonntag der verfolgten Kirche am 15. November 2021 einplanen	21

Afrika: Kontinent wird zunehmend zum Epizentrum der Christenverfolgung

Vorschlag der russisch-orthodoxen Kirche: „Allianz für die Verteidigung der verfolgten Christen in Afrika“ gründen

Moskau/Wien (idea) – Die russisch-orthodoxe Kirche hat angeregt, eine interkonfessionelle „Allianz für die Verteidigung der verfolgten Christen in Afrika“ zu gründen. Diesen Vorschlag habe der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion (Alfejew), Ende Dezember bei einer internationalen Online-Konferenz gemacht, berichtete der Informationsdienst Pro Oriente (Wien). Veranstalter waren die russisch-orthodoxe Kirche und die russische „Vereinigung zum Schutz der Religionsfreiheit“. Dem Bericht zufolge betonte der Metropolit, dass seine Kirche es als ihre „historische Aufgabe“ ansehe, „leidende Brüder und Schwestern“ zu unterstützen. Patriarch Kyrill, der die Entwicklung genau beobachte, sei überzeugt, dass Afrika immer mehr zum Epizentrum der Unterdrückung der Christen werde. Möglicherweise hänge dies auch damit zusammen, dass Afrika inzwischen der Teil der Welt sei, in dem das Christentum am stärksten wachse. Bereits im November 2019 habe der Patriarch beim „Interreligiösen Gipfel“ in Baku (Aserbaidschan) darauf hingewiesen, dass Christen in Nigeria einem „Genozid“ ausgesetzt seien. Laut Hilarion schlägt die in Somalia beheimatete Terrororganisation „Al-Shabaab“ immer wieder auch in Kenia zu. Diese Terroristen bevorzugten Überfälle auf Busse. Dabei trennten sie Christen von anderen Fahrgästen und ermordeten sie.

Der IS schaffte sich in Afrika eine neue Machtbasis

Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) sei zwar im Nahen Osten zerschlagen, aber die IS-Terroristen hätten sich mittlerweile in Afrika durch ihre Kooperation mit Al-Shabaab und der nigerianischen Terrorgruppe Boko Haram eine neue Machtbasis geschaffen. In jüngster Zeit hätten die IS-Terroristen auch blutige Überfälle in der Republik Mosambik (Provinz Cabo Delgado) und im Kongo (Provinz Kivu) verübt. Hilarion zufolge sollte sich die angestrebte „Allianz für die Verteidigung der verfolgten Christen in Afrika“ auch dafür einsetzen, dort die humanitären Initiativen zu verstärken. Das Moskauer Patriarchat lege dabei besonderen Wert darauf, dass alle Aktivitäten im Einvernehmen mit den örtlichen Kirchen und Organisationen erfolgten. Hilarion: „Man kann nicht den verfolgten Christen helfen wollen und dabei deren Standpunkt ignorieren.“ Der koptisch-orthodoxe Patriarch Tawadros II. (Kairo) richtete eine Grußbotschaft an die Teilnehmer der Konferenz. Darin rief er dazu auf, intensiver über die Verfolgung der Christen in Afrika zu berichten. Deren Verfolgungssituation habe sich während der Corona-Pandemie zugespitzt.

Ägypten: USCIRF fordert die Freilassung von Ramy Kamel

AKREF/Tübingen/01.01.2021. Die U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF) fordert die ägyptische Regierung erneut auf, den koptischen Aktivist Ramy Kamel sofort und bedingungslos freizulassen, nachdem bekannt wurde, dass sich sein Gesundheitszustand rapide verschlechtert hat, und angesichts der drohenden Ausbreitung von COVID-19 in Ägyptens Gefängnissen.

USCIRF-Kommissarin Nadine Maenza sagte: "USCIRF fordert die ägyptische Regierung auf, Herrn Kamel sofort freizulassen und alle Anklagen gegen ihn fallen zu lassen, nach mehr als einem Jahr ungerechtfertigter Untersuchungshaft. Sein lebenslanges Engagement, den Kampf der koptischen christlichen Gemeinschaft um volle Religionsfreiheit und andere Rechte als gleichberechtigte Bürger Ägyptens hervorzuheben, macht diese Situation noch beunruhigender. Die Regierung sollte diese Gelegenheit nutzen, um ihre Unterstützung für die koptische Gemeinschaft zu zeigen, einschließlich derer, die sich für sie einsetzen, indem sie Herrn Kamel freilässt."

Die ägyptische Staatssicherheit hat Herrn Kamel, einen Gründer der Maspéro Youth Union, am 23. November 2019 verhaftet, einen Tag bevor er nach Genf, Schweiz, reisen sollte, um vor dem Forum der Vereinten Nationen für Minderheitenfragen auszusagen. Seitdem befindet er sich in ständiger Untersuchungshaft, angeblich unter dem Aktenzeichen 1475 von 2019. Dennoch haben die Staatsanwälte es versäumt, einen Verhandlungstermin zu vereinbaren, detaillierte Anklagen zu veröffentlichen oder dokumentierte Beweise vorzulegen, wie es das Gesetz verlangt. Herr Kamel hat einen Großteil dieser Zeit in Einzelhaft verbracht, mit eingeschränktem Zugang zu einem Rechtsbeistand und ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, obwohl er an akutem Asthma leidet - was sich, wie seine Familie bei einem seltenen Besuch feststellte, erheblich verschlimmert hat. USCIRF hatte zuvor die Verhaftung von Mitarbeitern der Ägyptischen Initiative für Persönlichkeitsrechte (EIPR) im November verurteilt, von denen mehrere zwar freigelassen wurden, denen aber aufgrund eines absurden und völlig unangemessenen Terrorismusurteils die Beschlagnahmung ihres persönlichen Vermögens drohte. Patrick Zaki, ein weiterer EIPR-Mitarbeiter, den die ägyptischen Behörden Anfang des Jahres inhaftiert hatten, befindet sich ebenfalls weiterhin in Untersuchungshaft.

USCIRF-Kommissar Frederick Davie fügte hinzu: "Ägypten hat wiederholt bewiesen, dass es zwar schrittweise Fortschritte bei der Verbesserung der Bedingungen für die Religionsfreiheit macht, aber keine Toleranz gegenüber einzelnen Bürgern hat, die genau diese Reformen fordern. Die Regierung muss erkennen, dass es die Inhaftierung von Menschenrechts- und Religionsfreiheitsverfechtern wie Ramy Kamel ist, die dem internationalen Ansehen des Landes zutiefst schadet - nicht die aufrichtigen Bemühungen dieser Verfechter, Ägypten zu einer inklusiveren und gerechteren Gesellschaft zu machen."

In ihrem Jahresbericht 2020 stellte die USCIRF fest, dass Ägypten zwar einige vielversprechende Zeichen des Fortschritts in Bezug auf die Bedingungen der Religionsfreiheit aufweist, einschließlich eines Rückgangs der Gewalttaten gegen religiöse Minderheiten und ihre Kultstätten, dass aber in anderen Bereichen weiterhin systematische und andauernde Verstöße begangen werden, die eine Aufnahme in die *Special Watch List* des US-Außenministeriums rechtfertigen.

Quelle: USCIRF 30. 12. 2020

China: Gefangener des Monats Januar

Inhaftierter Chinesischer Pastor Li Juncai ist „Gefangener des Monats Januar“. Er wollte Kirchenkreuz schützen

Frankfurt am Main/Wetzlar (idea) – Zum „Gefangenen des Monats Januar 2021“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den evangelischen Pastor Li Juncai aus China benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den Geistlichen einzusetzen und für ihn zu beten. Der Pastor der Zhongxin-Hauskirche in der Provinz Henan wurde am 20. Februar 2019 zusammen mit drei weiteren Gemeindemitgliedern von der Polizei festgenommen, nachdem sich die vier gegen die Entfernung des Kreuzes an der Kirche gewehrt hatten. „Störung des öffentlichen Dienstes“ – so lautete der Vorwurf gegen sie. Die drei Gemeindemitglieder wurden inzwischen freigelassen, während der Pastor im Gefängnis blieb. Kurz nach der Festnahme sandte die Regierung rund 200 Beamte, die das Schloss an einer Seitentür aufbrachen und protestierende Gemeindemitglieder zur Seite drängten. Mit Hilfe eines Baukrans wurde das Kreuz durch einen Fahnenmast ersetzt, um die Staatsflagge dort wehen zu lassen. Im Dezember 2019 wurde der Kirchenbau im Kreis Yuanyang bei der Stadt Xinxiang schließlich abgerissen. Bis zum Jahr 2013 zählte die Gemeinde zur staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Bewegung, kündigte dann aber die Mitgliedschaft. Die Provinz Henan ist bekannt für ihre Kampagne zur Entfernung von Kirchenkreuzen, Beschlagnahmung von Kirchengebäuden und Schließung von Hauskirchen. Sie gilt als Vorreiter einer zunehmend restriktiven Religionspolitik in China. Die IGFM und idea bitten darum, sich in Briefen an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping für die sofortige Freilassung des Pastors einzusetzen. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik China leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen. Davon trifft sich ein großer Teil in staatlich nichtregistrierten Gemeinden. Zum Vergleich: Die Kommunistische Partei hat 83 Millionen Mitglieder.

China: Verurteilte Bloggerin ist bekennende Christin

Sie sah es als den „Willen Gottes“ an, über Missstände in Wuhan zu berichten

Shanghai (idea) – Die in der Volksrepublik China zu vier Jahren Haft verurteilte Bloggerin Zhang Zhan ist bekennende Christin. Ein Gericht in Shanghai hatte am 28. Dezember die Haftstrafe wegen „Unruhestiftung“ gegen die 37-Jährige verhängt. Sie hatte mehrere Wochen lang über den Ausbruch der Corona-Pandemie in der zentralchinesischen Stadt Wuhan berichtet. Sie schilderte in Online-Videos unter anderem Probleme in den Krankenhäusern, Korruption bei staatlichen Stellen sowie weitere Missstände während des Corona-Lockdowns. Die Behörden warfen der seit Mai inhaftierten studierten Juristin daraufhin vor, „Streit geschürt und Unruhe gestiftet“ zu haben. Zum Hintergrund: Das ist die übliche Begründung für Verurteilungen von Bürgern, die ihre Meinungsfreiheit in Anspruch genommen haben und dafür angeklagt werden. Der britische Online-Pressedienst „Premier Christian News“ zitierte den Anwalt und Freund der Verurteilten, Li Dawei, mit den Worten: „Sie ist eine entschiedene Christin und sagte, dass es Gottes Wille war“, über die Vorgänge in Wuhan zu berichten. „Sie musste es tun und jedermann die Wahrheit sagen.“ Nach Angaben ihrer Anwälte ist Zhangs Gesundheitszustand „extrem schlecht“. Sie war nach einem Bericht des ARD-Studios Shanghai im Juni in einen Hungerstreik getreten und wurde zwangsernährt. Ihrem Anwalt Ren Quanniu habe sie gesagt, dass sie es „bis zum Ende“ ablehnen werde zu essen, falls sie eine hohe Strafe erhalte. Die Europäische Union hat die „sofortige Freilassung“ der Bloggerin gefordert.

Deutschland: "Mitbeten ist notwendig"

Kirchenrat Klaus Rieth von der ELKW berichtete vor der Synode über die weltweit zunehmende Einschränkung der Religionsfreiheit.

IIRF-D/Tübingen/01.01.2021. "Wir dürfen den Fundamentalisten, die die Freiheit hassen, nicht das Feld überlassen" – diese Forderung der ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Dr. Margot Käßmann, unterstrich Kirchenrat Klaus Rieth in seinem Bericht über weltweite Verfolgungssituationen. Er bezeichnete den Fundamentalismus als das größte Motiv für die stark zunehmende Bedrängung religiöser Minderheiten. Christen hätten darunter im hohen Maß zu leiden. Daneben stünden nationalistische, politische, stammesrechtliche, ethnische und wirtschaftliche Motive. Dies zeigte er u. a. am Beispiel des jüngsten Konflikts in der Region Bergkarabach. "Einfache Antworten oder Patentrezepte gibt es nicht". Rieth rief auf, für ein besseres Verständnis solcher Situationen "auch die Expertise der ökumenischen Geschwister zu nutzen" und sich mit den Menschen vor Ort abzustimmen. Neben konkreter Hilfe sei "unser Mitdenken und vor allem unser Mitbeten" notwendig. Derzeit seien 79,5 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror, Folter, Hunger, Vertreibung und Verfolgung – neun Millionen Menschen mehr als im Vorjahr, so Rieth. Mit Blick auf Griechenland, die Türkei und Italien appellierte er an die EU: "Ein Kontinent, der sich als christliches Abendland bezeichnet, sollte hier deutlicher seine Aufgabe gegenüber den Notleidenden wahrnehmen, als das derzeit der Fall ist. Ansonsten sind die sogenannten Werte der europäischen Wertegemeinschaft nicht das Papier wert, auf dem sie stehen." In der Aussprache äußerten sich mehrere Synodale tief bewegt über das Leiden, das Menschen wegen ihres Glaubens erleben. Klaus Rieth wies darauf hin, dass öffentliche Solidarität in Verfolgungssituationen immer wieder zum Erfolg geführt habe. Hans Ulrich Probst (Tübingen) warnte vor einer vorschnellen Solidarität mit Armenien im Konflikt um die Region Bergkarabach, da hier nationale Rechte verletzt werden könnten.

Quelle: www.elk-wue.de; Bericht aus der Synode der Ev. Landeskirche Württemberg 26.-28. 11. 2020

Deutschland: Konservative Gemeinden kritisieren Latzels Dienstenthebung

Arbeitsgemeinschaft missionarische Kirche: Bremens Kirchenleitung „ohne Augenmaß“

Bremen: Konservative Gemeinden kritisieren Latzels Dienstenthebung

Bremen (idea) – Die Bremer „Arbeitsgemeinschaft missionarische Kirche“ hat scharfe Kritik am Umgang der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) mit dem Pastor der Bremer St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, geübt. Hintergrund: Der Kirchenausschuss (Kirchenleitung) hatte am 10. Dezember 2020 beschlossen, Latzel vorläufig des Dienstes zu entheben. Als Grund nannte er die Verurteilung des Pastors durch das Amtsgericht Bremen. Es hatte Latzel am 25. November 2020 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.100 Euro verurteilt. Er hatte in einem „Eheseminar“ seiner Gemeinde, das auf YouTube veröffentlicht wurde, unter anderem Homosexualität als eine „Degenerationsform der Gesellschaft“ bezeichnet und gesagt: „Überall laufen diese Verbrecher rum vom Christopher Street Day.“ Später hatte Latzel sich dafür entschuldigt und die Aufzeichnung im Internet gelöscht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da er und sein Anwalt Sascha Böttner (Hamburg) dagegen in Berufung gegangen sei. Der Pastor hat auch Rechtsmittel gegen seine vorläufige Dienstenthebung eingelegt.

Lehrfreiheit auch für konservative Pastoren

In einem Offenen Brief erklärte die theologisch konservative Arbeitsgemeinschaft, sie sei „entsetzt“ über das Vorgehen der Kirchenleitung, zumal das Urteil gegen Latzel noch nicht rechtskräftig sei und die schriftliche Begründung nicht vorliege. Die vorläufige Dienstenthebung müsse zurückgenommen werden. Sie sei eine „überzogene Disziplinarmaßnahme“ und komme faktisch einem Berufsverbot gleich. Darüber hinaus werde der St.-Martini-Gemeinde auf unbestimmte Zeit der von ihr gewählte Pastor „weggenommen“, dessen Stelle sie während des offenen Verfahrens auch nicht neu besetzen könne. Die Arbeitsgemeinschaft habe sich bereits im Mai 2020 von der verletzenden Form der Äußerungen distanziert, die zu Latzels Verurteilung geführt hatten. Zugleich habe die Arbeitsgemeinschaft zu einer „differenzierten und sachlichen Betrachtung in dieser Angelegenheit“ und „innerkirchlich zu einem konstruktiven Frieden“ aufgerufen. Latzels Dienstenthebung scheine „ohne Augenmaß getroffen worden zu sein, denn sie gefährdet den Frieden in unserer theologisch pluralistischen Kirche“. Die Freiheit der Verkündigung und der Lehre müsse auch für Pastoren gelten, „die ethisch und moralisch theologisch-konservative Positionen vertreten, die nicht dem gesellschaftlichen Mainstream entsprechen, solange sie nicht in diffamierende und beleidigender Weise getätigt sind“. Es dürfe nicht das Ziel der Kirche sein, „unliebsame Verkündiger aus ihren Reihen zu ‚verbannen‘“. Unterzeichner sind die Pastoren Burkhard Ahlers, Bernd Bierbaum, Martin Gossens, Andreas Hamburg, Matthias Jander, Rüdiger Kurz, Torsten Morstein, Jens Runge und Andreas Schröder. Die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Kirche ist ein Zusammenschluss von sieben Gemeinden der Bremischen Kirche.

Deutschland: Rabbiner in Hessen mit antisemitischen Parolen beschimpft

Der Rabbiner Mendel Gurewitz bedankt sich bei Offenbachern für Zivilcourage

Offenbach (idea) – An Neujahr ist der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Offenbach, Mendel Gurewitz, in der Innenstadt mit antisemitischen Parolen beleidigt worden. Doch die Bürger zeigten Zivilcourage und verfolgten den Täter. Wie die Polizei Offenbach mitteilte, wurde der jüdische Geistliche gegen 18.15 Uhr mit seinen Kindern auf dem Heimweg aus der Synagoge verbal angegriffen. Mehrere Zeugen riefen die Polizei, die den Tatverdächtigen daraufhin festnahm. Bei ihm handelt es sich um einen 46 Jahre alten Mann ohne festen Wohnsitz, der bei dem Angriff angetrunken gewesen sein soll. Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet. Bei seiner Festnahme soll er auch die Polizisten beleidigt haben.

„Plötzliche Explosion von Liebe“

Nach der Attacke zeigte sich Gurewitz dankbar für die erfahrende Zivilcourage einiger Bürger. Mit „Stolzer Offenbacher und stolz auf meine Nachbarn“ überschrieb er eine Veröffentlichung im sozialen Netzwerk Facebook. Nach der „traumatischen“ Erfahrung seien ihm und seiner Familie binnen Sekunden Nachbarn zur Seite gesprungen. Leute hätten aus den Fenstern heraus den Angreifer angeschrien, die Polizei gerufen, einige hätten den Täter auf eigene Faust verfolgt. „Es war eine plötzliche Explosion von Liebe und Unterstützung, eine mutige und warme Umarmung von Nachbarn verschiedenster Herkunft und Ethnien, die gemeinsam handelten, um ihren Bruder zu verteidigen, den Rabbi“, so Gurewitz. Er und seine Familie seien stolz, in Offenbach zu leben und mit solch großartigen Nachbarn gesegnet zu sein. Gurewitz war in der Vergangenheit bereits mehrfach antisemitisch beleidigt und angegriffen worden.

Lob aus der Politik

Anerkennung für das Einschreiten der Nachbarn kam auch aus der Politik. Der Beauftragte der Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, der Frankfurter Kämmerer Uwe Becker (CDU), erklärte: „Die gezeigte Zivilcourage ist ein lobenswertes Beispiel, wie wir als Gesellschaft gemeinsam handeln müssen, wenn Jüdisches Leben in unserem Land bedroht wird.“ Die Reaktion der Offenbacher mache Mut. Gleichzeitig äußerte sich Becker besorgt. Die Tat zeige, dass Juden ihren Glauben in der Öffentlichkeit nicht ohne Sorge um die eigene Unversehrtheit offen zeigen können. Becker: „Dies ist 76 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz ein schlimmes Zeugnis über den Zustand unserer Gesellschaft in unserem Land wie insgesamt in Europa.“ Zur Offenbacher Jüdischen Gemeinde gehören rund 1.000 Mitglieder.

Finnland: Die Finnische Evangelische Allianz appelliert an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in Asylverfahren

Erklärung der Finnischen Evangelischen Allianz zu Unstimmigkeiten im Blick auf Asylbewerber, die Konversion als Grund ihres Asylgesuchs angeben

AKREF/Tübingen-Helsinki/ 05.01.2021. Das Netzwerk der Evangelischen Allianz Finnland für den Dienst unter Muslimen hat die Behandlung von Asylbewerbern, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, verfolgt. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Handlungen der Einwanderungsbehörden und die Entscheidungen der Gerichte nicht dem Rechtsstaat und dem Ausländergesetz folgen, da sie die Möglichkeit einer Verfolgungsgefahr für diejenigen untersuchen, die aus einem muslimischen Hintergrund heraus Christ geworden sind. Wir haben das Folgende festgestellt:

- Sowohl die Ausländerbehörde als auch das Verwaltungsgericht versäumen es, in ihren Entscheidungen den individuellen Sachverhalt zu berücksichtigen, vielmehr scheinen die Begründungen in den Entscheidungen von früheren Entscheidungen abgeschrieben zu sein.
- Bei der Prüfung der Echtheit des Glaubens der Neuchristen vernachlässigen die Entscheidungen die Zeugenaussagen und die offensichtlichen Fakten, die die Echtheit des Glaubens beweisen. Stattdessen werden die Entscheidungen oft ohne jegliche Beweise oder auf der Grundlage irrelevanter Dinge getroffen.
- Detaillierte Gutachten werden in fast allen Fällen mit dem Hinweis verharmlost, dass Entscheidungen nicht aufgrund von Aussagen von Religionsgemeinschaften getroffen werden können. Entscheidungen werden dann im Widerspruch zu den Expertenaussagen getroffen. Beweise und Zeugenaussagen werden als wertlos ignoriert.
- Entscheidungen über die Authentizität des christlichen Glaubens werden von Personen getroffen, die nicht einmal unbedingt das Grundwissen über das Christentum oder Religionen im Allgemeinen haben.
- Die Entscheidungen sind oft unlogisch und selbstwidersprüchlich.
- Bei den Anhörungen wird nicht berücksichtigt, dass ein muslimischer Dolmetscher oft die christliche Terminologie nicht kennt und dass es für einen neuen Christen nicht einfach ist, einem muslimischen Dolmetscher von seiner Abkehr vom Islam zu erzählen. Es kommt auch vor, dass ein muslimischer Dolmetscher sich aufgrund seines islamischen Glaubens weigert, die Dinge zu wiederholen, die ein Konvertit sagt. Bitten, den Dolmetscher zu wechseln, wird nicht entsprochen, obwohl in zahlreichen Fällen die Dolmetscher falsch übersetzt haben. Hinzu kommt, dass die Behörde, die das Gefährdungspotenzial für den Konvertiten aus der muslimischen Gemeinde untersuchen soll, aus der muslimischen Gemeinde selbst stammt. Somit ist der rechtliche Schutz des Asylbewerbers nicht gewährleistet.
- In den christlichen Kirchen in Finnland erleben wir, dass die gesetzlichen Rechte unserer neuen Kirchenmitglieder schwerwiegend verletzt werden. Die Oberhäupter der christlichen Kirchen Finnlands haben sich in einer Erklärung des Ökumenischen Rates Finnlands vom 22.08.2019 (hier in finnischer Sprache) besorgt geäußert: www.ekumenia.fi/sen_esittaytyy/kannanottoja_ja_lausuntoja/suomen_kirkonjohtajat_turvapaikanhakijoiden_palautuskieltoa_ja_uskonnonvapautta_on_kunniotettava/
- Dieser Warnruf hat nichts bewirkt. Nun ist das Vertrauen in die Einwanderungsbehörde und die rechtsstaatliche Justiz in Bezug auf die Bearbeitung von Asylfällen geschwächt.
- Die Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament aller modernen rechtsstaatlichen Demokratien. Er entspringt dem gemeinsamen und grundlegenden Verfassungserbe aller EU-Mitgliedsstaaten. Er ist einer der zentralen Werte, auf denen die Union aufgebaut ist (SEU-Vereinbarung Artikel 2 und Artikel 49). Daher ist es auch eine Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft. Finnland hat sich an dieses Prinzip zu halten – auch bei den Asylverfahren und -entscheidungen.
- Helsinki, 4. Januar 2021
- Frau Kirsi Rothfors Vorsitzende der Evangelischen Allianz in Finnland
- Herr Timo Keskitalo Netzwerk für den Dienst unter Muslimen der EAF

Indien: Hindu-Zeremonie vor katholischer Kirche

Polizei beachtet Beschwerde über Hindu-Zeremonie in katholischer Kirche nicht. Auf dem Gelände der katholischen Kirche in Sancoale, Goa, wurde eine Pudscha abgehalten, eine wichtige hinduistische Zeremonie zur Verehrung eines Gottes. In seiner Beschwerde beruft sich der Gemeindepfarrer auf das Strafgesetzbuch, das vorsätzliche und schädliche Handlungen verbietet, die die religiösen Gefühle einer Gruppe beleidigen sollen.

AKREF/Tübingen/Mumbai/in 04.01.2021. Wie Nirmala Carvalho von AsiaNews berichtet, wurde eine Pudscha auf dem Gelände einer katholischen Kirche in Sancoale, Goa, gefeiert, wo die Fassade der alten Kirche noch existiert. Die religiöse Zeremonie ist eine hingebungsvolle Huldigung an eine Hindu-Gottheit.

"Vor der Fassade der alten Kirche begann heute um 16 Uhr eine Gruppe von etwa 25 Personen eine hinduistische Pooja durchzuführen. Dahinter befindet sich eine Kapelle, in der die Sonntagsmessen gefeiert werden", sagte der Pfarrer der Gemeinde, Pater Luis Alvares, gegenüber AsiaNews.

"Dies ist ein Kulturdenkmal und ein religiöser Ort. Ich war mit meinen Gemeindegliedern anwesend", erklärte der Geistliche. "Wir riefen die Polizei, die sie (die Hindu-Anhänger) bat, für die Pooja an einen anderen Ort zu gehen. Wir reichten eine Beschwerde bei der Polizei ein."

"Heute, am Erscheinungsfest, haben wir um 18.30 Uhr bei Kerzenlicht den Gebetsgottesdienst gefeiert und für den Frieden gebetet", so Pater Luis Alvares gegenüber AsiaNews. "Fast 2.000 Menschen waren anwesend (alle mit Masken und notwendigem Abstand)." "Die Pudscha wurde letzten Mittwoch abgehalten, aber die Polizei hat unsere Beschwerde noch nicht registriert."

Der Pfarrer von Sancoale stellte fest, dass auf dem "Grundstück Grundbuch No. 266/2 des Dorfes Sancoale die Fassadenteile der alten Kirche steht. Das besagte Grundstück ist rechtmäßig und unangefochten im Besitz, im Eigentum und in der Verfügungsgewalt der 'Fabrica of Church of Sancoale'."

„Die Fassade, die sich auf dem besagten Grundstück befindet, wurde vom Directorate of Archives and Archaeology, Government of Goa, zum 'Protected Monument' (geschütztes Denkmal) erklärt, mit dem Eigentumsstatus ‚privat‘, der der 'Church of Sancoale' gehört." Auf demselben Grundstück befindet sich auch die Kapelle "Our Lady of Health", in der regelmäßig katholische religiöse Zeremonien wie die Heilige Messe, Litanei und Rosenkränze stattfinden.

In seinem Beschwerdebrief forderte der Pfarrer die Polizei auf, sofort Kenntnis von der Straftat zu nehmen und unverzüglich zu handeln, um einen First Information Report (FIR) zu registrieren und anschließend nach Kapitel XII der Strafprozessordnung von 1973 zu ermitteln, um weiteren Schaden und Gewalt gegen die katholische Gemeinde im Allgemeinen zu verhindern.

Nach vier Tagen hat die Polizei jedoch noch keine Anzeige erstattet und es versäumt, den Beschwerdebrief des Pfarrers zu berücksichtigen.

South Goa Police Superintendent Pankaj Singh sagte zu seiner Verteidigung, die Polizei hätten noch keine FIR registriert, weil sie die Angelegenheit noch untersuchen.

In seiner Beschwerde zitierte Pater Luis Alvares die verschiedenen Straftaten, die unter den Paragraphen 153 (A und B), 295 (A), 440, 426, 447, 506 (ii), 505 (2 und 3), 509 bzw. Paragraphen 34 und/oder 120 B des Indischen Strafgesetzbuches (IPC) anklagbar, nicht kautionsfähig und strafbar sind.

Der Pfarrer von Sancoale forderte die Polizei von Verna außerdem auf, die Straftaten sofort zur Kenntnis zu nehmen und ein FIR zu registrieren, sowie Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Schäden und kommunale Gewalt nach Artikel 153 (A) des IPC zu verhindern, der die "Förderung von Feindschaft zwischen verschiedenen Gruppen aufgrund von Religion, Rasse, Geburtsort, Wohnort, Sprache usw." zum Gegenstand hat.

Zu den Straftaten gehören vorsätzliche und böswillige Handlungen nach Artikel 295 (A), die darauf abzielen, die religiösen Gefühle einer Klasse zu verletzen, indem ihre Religion oder religiösen Überzeugungen beleidigt werden.

Kriminelle Einschüchterung, Beleidigung und Belästigung sowie deren Strafen sind in den Abschnitten 504, 505, 506, 507, 508, 509 und 510 des IPC definiert

LAOS: Dorfvorsteher verbietet Ehepaar, Christen zu werden

Voice of the Martyrs USA/06.01.2021. - Als Wat und seine Frau Christen werden wollten, hatte der Mitarbeiter, der ihnen die christliche Botschaft mitgeteilt hatte, Angst. Er wusste, dass ihr Dorfoberhaupt ein harter Mann war. Also riet er ihnen, erst um Erlaubnis zu bitten.

Das Ehepaar bat um Erlaubnis, aber das Dorfoberhaupt gab sie nicht. Sie wurden trotzdem Christen.

Als der Dorfvorsteher das herausfand, rief er das Ehepaar zu einer Versammlung, wo er ihnen sagte: "Wenn ihr nicht zuhört, werde ich euch beiden Handschellen anlegen und euch ins Gefängnis werfen!" Das Ehepaar antwortete: "Wie können wir aufhören? Wir haben dem Herrn versprochen, dass wir unseren Glauben nicht wegwerfen werden. Was auch immer für Umstände kommen; wir werden nicht aufhören."

Bis jetzt hat das Dorfoberhaupt seine Drohung nicht wahr gemacht. "Es gibt viele im Dorf, die Christen werden wollen, aber sie haben Angst vor dem Dorfoberhaupt", schreibt ein VOM-Partner. "Behalten Sie sie in Ihren Gebeten."

Quelle: The Voice of the Martyrs USA; aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von AKREF

<https://vom.com.au/laos-permission-to-follow-christ-denied/>

Nigeria: Islamische Extremisten richten fünf Christen hin

Die Opfer mussten sich hinknien und wurden dann erschossen

Abuja (idea) – Islamische Extremisten haben in Nigeria fünf entführte Christen hingerichtet. Das berichtet die Internetplattform „Morning Star News“. Sie beruft sich auf ein Video, das der Propagandakanal Amaq der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) mit Datum vom 29. Dezember veröffentlicht hat. Das 49-sekündige Video zeige fünf bewaffnete Mitglieder der Terrorgruppe „Islamischer Staat Provinz Westafrika“ (ISWAP). Sie stehen hinter fünf knienden Männern in orangefarbenen Gewändern. Nach Aufforderung nannten diese ihren Namen und fügten hinzu „Ich bin ein Christ“. Laut „Morning Star News“ waren die Namen Uka Joseph, Sunday, Wilson, Joshua Maidugu und Garba Yusuf zu hören. Ein ISWAP-Kämpfer sagte dann in der in Nordnigeria verbreiteten Hausa-Sprache: „Das ist eine Warnung an die Christen in allen Teilen der Welt und die in Nigeria. Wir haben nicht vergessen, was ihr unseren Brüdern in der Stadt Zangon Kataf und anderen Teilen Nigerias angetan habt. Benutzt die Köpfe dieser fünf eurer Brüder, um mit euren gottlosen Feiern fortzufahren.“ Anschließend wurden die Christen erschossen. Die Erwähnung von Zangon Kataf soll sich laut „Morning Star News“ auf Zusammenstöße von Volksgruppen im nördlichen Bundesstaat Kaduna im Jahr 1992 beziehen. Damals war es zu Gewalt zwischen den meist muslimischen Hausa und dem überwiegend christlichen Volk der Atyp gekommen. Dabei starben dem Bericht zufolge 460 Menschen.

Terrorangriff auf die Stadt Garkida

ISWAP-Terroristen hatten an Heiligabend 2020 die Stadt Garkida im nordöstlichen Bundesstaat Adamawa angegriffen. Laut Bewohnern aus der Gegend sollen dabei sechs Christen getötet und elf entführt worden sein. Die fünf jetzt hingerichteten Christen sollen unter den Entführten gewesen sein. Bei dem Angriff brannten die Terroristen Häuser nieder, plünderten Läden und setzten ein Krankenhaus in Brand. Das US-Außenministerium hatte Nigeria am 7. Dezember auf die Liste der Länder gesetzt, in denen sich „systematische, andauernde, ungeheuerliche Verletzungen der Menschenrechte“ ereignen. Vor allem im Norden des Landes sind Christen immer wieder Ziel blutiger Übergriffe. Verantwortlich dafür sind auch die Terrormiliz Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) und islamisch geprägte Fulani-Nomaden. Von den über 200 Millionen Einwohnern des Landes sind 46 Prozent Kirchenmitglieder und 54 Prozent Muslime.

Pakistan: 12-jährige Christin von Gruppe vergewaltigt. Familie fordert Gerechtigkeit

Die Eltern haben mit Unterstützung von Human Rights Focus Pakistan (HRFP) Anzeige erstattet. Die Polizei verzögert die Ermittlungen und versucht, die Familienmitglieder zum Schweigen zu bringen. Einer der drei Angreifer, der nach der Vergewaltigung floh, wurde identifiziert. Der Vater: "Geprägt von Scham", hat sich das Verhalten der Nachbarn "radikal verändert". Die junge Komal wird nicht mehr in der Lage sein, "ein normales Leben zu führen"

AKREF/Tübingen/Sheikhupura/05.01.2021. AKREF verurteilt zusammen mit pakistanischen Aktivisten und Menschenrechtsbewegungen, darunter Human Rights Focus Pakistan (HRFP), die Vergewaltigung der 12-jährigen Christin Komal Gulzar bei einem Entführungsversuch im Distrikt Sheikhupura im Punjab. Wie Shafique Khokhar von AsiaNews berichtet, geht die Geschichte auf den vergangenen 28. Dezember zurück, aber das vollständige Bild wird erst jetzt in seiner ganzen dramatischen Brutalität deutlich.

Dank der Intervention von HRFP-Aktivisten zeigte die Familie das Verbrechen bei der Polizei an, nachdem Komals Onkel, Youhana Masih, Anzeige erstattet hatte. Die Polizei leitete jedoch keine Ermittlungen ein, und auch eine Woche nach den Ereignissen gab es bisher keine Verhaftungen; im Gegenteil, der Druck der Polizei, die Berichte der Familienmitglieder zum Schweigen zu bringen, wird immer größer.

AsiaNews interviewte die Eltern des Mädchens, ihren Vater Gulzar Masih und ihre Mutter Nasreen Gulzar, die immer noch erschüttert sind von der brutalen Gewalt, die ihre Tochter erlitten hat, aber entschlossen, Gerechtigkeit zu suchen.

Hier der Tathergang:

Die Familie reiste am 28. Dezember zur Hochzeit von Youhana Masih's Tochter in das Dorf Kukar Gil. Unterwegs wurden sie von drei Männern verfolgt. Gegen 19 Uhr, als sie ihr Ziel fast erreicht hatten, griffen die bewaffneten Männer zu. Die Angreifer fesselten die Familienmitglieder mit Stricken an den Straßenrand und schleppten die junge Komal auf ein nahegelegenes Feld. Die Männer misshandelten das Mädchen wiederholt, das verzweifelt schrie und - vergeblich - versuchte zu entkommen. In der Zwischenzeit gelang es ihren Eltern, sich zu befreien. Den Schreien folgend, kamen sie ihrer Tochter zu Hilfe, während die Vergewaltiger bereits geflohen waren.

Die Personalien von einem der drei sind bekannt, die beiden anderen sind noch nicht identifiziert worden.

Gulzar Masih sagt, "unsere Familie ist nicht mehr frei, um" im Dorf und im Herkunftshaus in Würde zu leben. "Wir fühlen uns von Scham gezeichnet", fährt er fort, "denn das Verhalten der Menschen uns gegenüber hat sich radikal verändert. Die Regeln, die hier herrschen, erlauben es Komal nicht mehr, ein normales Leben zu führen".

Zu den erlittenen physischen und psychischen Verletzungen kommt die soziale Stigmatisierung trotz der erlittenen Gewalt hinzu. Und das Mädchen, so warnt der Vater, lebt "unter der ständigen Bedrohung, ein zweites Mal entführt zu werden" und bei der Erinnerung an die Vergewaltigung "beginnt sie wieder zu schreien".

Naveed Walter, Präsident von Human Rights Focus Pakistan, weist auf die anhaltende Zunahme von sexueller Gewalt, Entführungen und Zwangskonvertierungen gegen junge christliche Mädchen hin. Die meisten von ihnen sind noch minderjährig wie Komal Gulzar. Einmal entführt, werden sie in der Regel sofort zum Islam zwangskonvertiert, wie es bei Arzoo Raja geschah (wir berichteten), unter der Komplizenschaft einer allgemeinen Gleichgültigkeit - wenn nicht gar Duldung - der Institutionen, der Polizei und selbstgefälliger (muslimischer) religiöser Führer, die in solchen Fällen die islamische Eheschließung vollziehen.

Pakistan: Auch Ahmadi-Anhänger von Blasphemie-Gesetzen betroffen

AKREF/Tübingen, Washington, DC/7.1.2021. - Der Kommissar der United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF), James W. Carr, gab heute seine Adoption von Ramzan Bibi durch das Projekt für religiöse Gefangene aus Gewissensgründen bekannt.

Am 30. April 2020 wurde Ramzan Bibi, eine 55-jährige Ahmadi-Frau, festgenommen und beschuldigt, während eines persönlichen Streits über die Rückgabe ihrer Wohltätigkeitspende an eine örtliche Moschee im Dorf Cheleki in der pakistanischen Provinz Punjab blasphemische Äußerungen gemacht zu haben. Bibi wurde nach Abschnitt 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuches angeklagt, ein Vergehen, auf das die Todesstrafe steht. Sie ist derzeit im Zentralgefängnis in Lahore inhaftiert.

"Die pakistanische Regierung muss Ramzan Bibi und alle anderen, die wegen Blasphemie inhaftiert sind, sofort freilassen", sagte Kommissar Carr. "Behörden, die zulassen, dass diese Gesetze für persönliche Vorteile oder Rachezüge genutzt werden, ermöglichen nur eine systematische Diskriminierung aufgrund der religiösen Überzeugung. Das ist in Bibis Fall klar, denn ihr droht eine Inhaftierung allein wegen ihres Ahmadi-Glaubens. Die pakistanische Regierung muss die Blasphemie- und Anti-Ahmadiyya-Gesetze aufheben und bis dahin eine umfassende Reform durchführen."

Ein Dorfkomitee, das in Cheleki gebildet wurde, um den Fall zu untersuchen, kam zu dem Schluss, dass es keine Beweise für die Anschuldigungen der Blasphemie gegen Bibi gibt. Hardliner unter den muslimischen Geistlichen zwangen jedoch einen Nicht-Ahmadi-Bewohner des Dorfes, der während des Streits nicht anwesend war, zu einer Falschaussage gegen Bibi, was zu ihrer Inhaftierung führte.

Bibis Antrag auf Kautionsfreilassung wurde am 18. November vom Richter abgelehnt. Für die Mutter von sechs Kindern, die während der laufenden COVID-19-Pandemie im Gefängnis wartet, wurde Berufung eingelegt.

Quelle USCIRF 07. 01. 2021

Pakistan: Christ wegen Blasphemie über Social Media-Post nun doch angeklagt

Um einen gewaltbereiten Mob zu besänftigen, zeigt die Polizei Pastor an

AKREF/Tübingen, Lahore, W.D.C./ 07.01.2020 - International Christian Concern (ICC) hat erfahren, dass der 25-jähriger christlicher Leiter Pastor Raja Warris, der in Lahore in Polizeigewahrsam genommen worden war ([wir berichteten](#)), nun wegen Verstoßes gegen die Blasphemiegesetze des Landes angeklagt wurde. Ende Dezember hatte er angeblich einen islamkritischen Beitrag in den sozialen Medien veröffentlicht, konnte aber die Sache mit den betroffenen direkt am nächsten Tag klären. Als der Fall aber im Umfeld bekannt wurde gab es wie so oft in Pakistan eine Mobbildung. Hunderte von christlichen Familien sahen sich zur Flucht aus ihren Häusern veranlasst .

Am 26. Dezember versammelten sich dann Hunderte von Muslimen im Stadtteil Charar von Lahore, wo Pastor Warris wohnt, und drohten, den Pastor zu enthaupten und christliche Häuser in Brand zu setzen, wenn die Polizei nicht tätig werde. Hunderte von christlichen Familien flohen aus ihren Häusern, weil sie einen Ausbruch von Gewalt in Charar befürchteten. Die Situation wurde gefährlich, als jemand herausfand, dass die Muslime planten, die Häuser der Christen in Brand zu setzen. Das zwang die Christen praktisch aus der Nachbarschaft zu fliehen.

Hunderte von Anti-Aufruhr-Polizisten wurden nach Charar entsandt, um den Mob einzudämmen. Anführer der christlichen Gemeinde trafen sich auch mit der Polizei, um die Eskalation zu stoppen.

"Am 26. Dezember wurden wir von unseren Gemeindemitgliedern in Charar darüber informiert, dass sich ein großer Mob auf Aufruf eines Geistlichen, der mit der extremistischen religiös-politischen Organisation Tehreek-e-Labbaik Pakistan [TLP] verbunden ist, in dem Ort versammelt hatte und die Enthauptung des Katecheten forderte", sagte Pfarrer Ayub Gujjar, stellvertretender Moderator der Raiwind-Diözese der Kirche von Pakistan, gegenüber Morning Star News. "Aus Angst vor Gewalt flohen Hunderte von christlichen Bewohnern aus ihren Häusern, während etwa 400 Anti-Riot-Polizisten in der Gegend eingesetzt wurden, um Gewalt zu vereiteln...Wir haben um Zeit für Verhandlungen mit den Protestführern gebeten, aber die Polizei sagte, sie könne die Sicherheit unserer Leute nicht garantieren, wenn der Angeklagte nicht zur Verhaftung vorgeführt würde", sagte Gujjar. "Wir stimmten widerwillig zu, Warris mitzunehmen, verlangten aber, dass er wegen der ernsthaften Bedrohung seines Lebens an einem nicht genannten Ort festgehalten wird."

Am 27. Dezember erhob nun die Polizei gegen Pastor Warris Anklage wegen Blasphemie gemäß Abschnitt 295-A und Abschnitt 298-A der pakistanischen Blasphemiegesetze. Kopien des First Information Report (FIR # 1122/20) wurden den Anführern des Mobs gezeigt, um die Situation zu deeskalieren.

Im Falle einer Verurteilung drohen Pastor Warris bis zu 10 Jahre Gefängnis wegen "vorsätzlicher und böswilliger Handlungen, die darauf abzielen, religiöse Gefühle zu verletzen".

In Pakistan sind falsche Anschuldigungen wegen Blasphemie weit verbreitet und oft durch persönliche Rachegefühle oder religiösen Hass motiviert. Anschuldigungen sind hochgradig aufrührerisch und haben das Potenzial, Lynchmorde, Selbstjustiz und Massenproteste auszulösen.

Seit Pakistan 1987 die Paragraphen 295-B und 295-C zu den Blasphemiegesetzen des Landes hinzugefügt hat, ist die Zahl der Blasphemievorwürfe sprunghaft angestiegen. Zwischen 1987 und 2017 wurden in Pakistan 1.534 Personen wegen Blasphemie angeklagt. Von diesen 1.534 wurden 829 Anschuldigungen (54 %) gegen religiöse Minderheiten erhoben. Da Christen nur 1,6 % der Gesamtbevölkerung Pakistans ausmachen, sind die 238 Anschuldigungen (15,5 %) gegen Christen höchst unverhältnismäßig.

Quellen:

<https://morningstarnews.org/2021/01/christian-lay-leader-arrested-on-blasphemy-charges-in-pakistan/>

www.persecution.org

PAKISTAN: Vertriebene christliche Familien kehren unter Polizeischutz nach Hause zurück

Voice of the Martyrs Australien / 06.01.2021 - Hunderte christliche Familien sind in ihre Häuser in Pakistan zurückgekehrt, nachdem Drohungen des Mobs sie letzten Monat ([wir berichteten](#)) zur Flucht gezwungen hatten.

Am 27. Dezember ([wir berichteten](#)) flohen hunderte christliche Familien aus dem Stadtteil Charar in Lahore, nachdem der ein christlicher Social-Media-Post eines örtlichen Pastors von Muslimen als beleidigend empfunden wurde.

"Pastor Raja Waris veröffentlichte am 22. Dezember auf Facebook einen Beitrag über seinen Glauben, von dem Muslime behaupteten, er verletze ihre religiösen Gefühle", sagte Saleem Khokhar, ein Christ aus Charar. "Der Pastor entschuldigte sich für den Beitrag und die Angelegenheit wurde am nächsten Tag gelöst."

Obwohl die Angelegenheit geklärt war, begann ein Mob von Hunderten von Muslimen gegen die Christen von Charar zu protestieren. Nach Angaben von Einheimischen verlangte der Mob, dass Pastor Waris wegen der Veröffentlichung des beleidigenden Beitrags geköpft werden sollte.

"Die Situation wurde gefährlich, als jemand herausfand, dass die Muslime planten, die Häuser der Christen in Brand zu setzen", berichtete Khokhar. "Dies zwang die Christen, aus dem Viertel zu fliehen."

Am 28. Dezember wurde Pastor Waris in Polizeigewahrsam übergeben, wo er sich weiterhin befindet.

Die Polizei wurde nach Charar entsandt, um zu verhindern, dass die Proteste in Gewalt umschlagen. Die Polizeipräsenz hat es bisher geschafft, den Frieden zu wahren, und viele der christlichen Familien, die geflohen waren, sind inzwischen ihre Häuser zurückgekehrt. Es gibt weiterhin Gerüchte über Gewalt durch den Mob. Die Polizeibehörden haben den Christen vor Ort jedoch versichert, dass sie die Gemeinschaft schützen werden.

Quellen: International Christian Concern, Christian Post, Voice of the Martyrs Australien; aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von AKREF

<https://vom.com.au/pakistan-displaced-christian-families-return-home-under-police-protection/>

Palästinensische Autonomiegebiete: PA-Ministerpräsident Shtayyeh vergleicht Jesus mit Selbstmordattentätern

Shtayyeh nannte Jesus "den ersten palästinensischen aufopferungsvollen Kämpfer, von dem wir den Märtyrertod gelernt haben, und der für seine Mission mit seinem Leben bezahlt hat."

AKREF/Tübingen–Tel Aviv/[TPS / Tazpit News Agency](#)/20 Tevet 5781 – January 4, 2021 Muhammad Shtayyeh, Premierminister der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), sagte In einer Rede bei einem Weihnachtsessen in der vergangenen Woche, dass Jesus "der erste palästinensische Selbstmord-Kämpfer" war und derjenige, der die Palästinenser "Märtyrertod" lehrte, und verglich ihn mit palästinenscheschen Selbstmordattentätern.

In einem Bericht über den Vorfall stellte Palestinian Media Watch (PMW) fest, dass Shtayyeh den Ausdruck "Fida'i" (für "Fedayeen warrior", deutsch "Widerstandskämpfer") verwendete, der für Terroristen verwendet wird, die seit 1965 gegen Israel kämpfen.

"Jesus, der Gewaltlosigkeit predigte, als 'aufopferungsvollen Kämpfer' in eine Kategorie mit palästinensischen Mördern zu stellen, ist eine Schändung", erklärte PMW am Sonntag.

Darüber hinaus ist die Darstellung Jesu durch die PA als einer, der die Palästinenser den "Märtyrertod" lehrte, "eine schwere Beleidigung auch für die Christen, da die PA den Märtyrertod als etwas fördert, das wegen der Belohnungen im Paradies anzustreben ist, unter denen nach der islamischen Tradition der 'Märtyrer' 72 dunkeläugige Jungfrauen heiratet", stellte die PMW weiter fest.

Außerdem verband Shtayyeh das Martyrium Jesu mit den "Tausenden von Märtyrern", die für "Palästina" gestorben sind.

"Der Geburtstag unseres Herrn Jesus... findet zur gleichen Zeit statt wie der Jahrestag des Ausbruchs der palästinensischen Revolution [ihr erster Terrorangriff gegen Israel im Jahr 1965], für den Tausende von Märtyrern mit ihrem Leben bezahlt haben", sagte Shayyeh beim Abendessen.

"Jesus mit den Tausenden von palästinensischen 'Märtyrern' in Verbindung zu bringen, was der Bezeichnung entspricht, mit der die PA alle ihre Selbstmordattentäter sowie alle Terroristen bezeichnet, die bei Angriffen auf Israelis getötet wurden, ist eine weitere Entweihung des christlichen Glaubens", betonte PMW.

Schließlich ist Shtayyehs Bezeichnung von Jesus als "Palästinenser" eine "Beleidigung des Christentums, da die christliche Bibel Jesus eindeutig als einen Juden darstellt, der mit anderen Juden in der Nation Judäa lebte und interagierte", fügte PMW hinzu.

PMW merkte an, dass besonders um die Weihnachtszeit, aber nicht nur da, die PA-Führer immer wieder ihr falsches Narrativ verbreiten, dass Jesus ein "Palästinenser" war.

PMW hat die historische Revision und den Anachronismus der PA dokumentiert, die die Bevölkerung der Palästinensischen Autonomiebehörde fälschlicherweise mit einer fabrizierten alten palästinensischen Nation in Verbindung bringt.

Während die christliche Tradition und die historischen Schriften der Zeit Jesus als einen jüdischen Rabbiner darstellen, der im Land Judäa in Israel lebte, behauptet die PA durchweg, dass Jesus "der erste Palästinenser" war.

Quellen:

<https://palwatch.org/page/18474>

<https://www.jewishpress.com/news/eye-on-palestine/palestinian-authority/pa-prime-minister-shtayyeh-compares-jesus-to-suicide-bombers/2021/01/04/>

Weltweit: Blasphemiegesetze sind immer noch auf der ganzen Welt verbreitet

Eine Handvoll Länder, allen voran Pakistan, Iran und Russland, sind die eifrigsten Vollstrecker

IIRF-D/Tübingen/01.01.2021. Überall auf der Welt werden Menschen angegriffen, inhaftiert, gefoltert und gelegentlich hingerichtet, weil sie etwas gesagt oder getan haben, das die religiöse Überzeugung eines anderen beleidigt. In der Regel ist es der Staat, der solche Taten der Blasphemie bestraft, oft aber ist es auch der gewalttätige Mob, der diese Taten begeht, und die beiden Formen der Vergeltung lassen sich nicht vollständig voneinander trennen. Das ist das düstere Bild, das ein neuer Bericht über Blasphemiegesetze der United States Commission on International Religious Freedom zeichnet, ein überparteiliches Gremium, das sowohl vom Kongress als auch vom Präsidenten mit der Überwachung der Gewissensfreiheit in der ganzen Welt beauftragt ist.

Die Studie, die 674 Fälle von staatlicher Durchsetzung von strafrechtlichen Blasphemiegesetzen zwischen 2014 und 2018 analysierte, fand heraus, dass die große Mehrheit von nur zehn Ländern durchgeführt wurde: in absteigender Reihenfolge Pakistan, Iran, Russland, Indien, Ägypten, Indonesien, Jemen, Bangladesch, Saudi-Arabien und Kuwait. Von diesen sind alle außer Russland und Indien Länder, in denen der Islam (oder zumindest der Monotheismus, in Indonesien) im politischen System verankert ist und von der großen Mehrheit der Menschen befolgt wird. Diese beiden Ausreißer sind eine Erinnerung daran, dass die harte Anwendung von Blasphemiegesetzen nicht auf die islamische Welt beschränkt ist. Theoretisch sind die russische und die indische Verfassung religiös neutral, aber in der Praxis überwiegt jeweils ein Glaube (das orthodoxe Christentum bzw. der Hinduismus), und sowohl religiöse Minderheiten als auch Säkularisten klagen über Diskriminierung. Russland hat Dutzende von Zeugen Jehovas sowie Anhänger mystischer islamischer Bewegungen verhaftet.

Quellen: The Economist/ USCIRF 14. Dezember 2020

Weltweit: Flucht und Angst statt Weihnachtsfrieden

Christen werden in vielen Teilen der Welt daran gehindert, ihren Glauben auszuüben: In Afrika und Asien drohen ihnen Regierungen und Extremisten. Im Nahen Osten sinkt die Zahl der Christen seit Jahren

IIRF-D/Tübingen/ 01.01.2021. Einem Bericht von Ulrich Pick (SWR) zufolge, beobachtet schon seit Längerem die Vizepräsidentin und Bischöfin des Kirchenamts der EKD in Hannover Petra Bosse-Huber, dass weltweit immer mehr Christen Druck ausgesetzt sind und an der Ausübung ihres Glaubens gehindert werden. "Die christliche Religion als größte Weltreligion ist auch am meisten betroffen von der Verletzung der Religionsfreiheit", sagt die Auslandsbischöfin der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die Repressionen seien zudem in den vergangenen Jahren ständig gewachsen: Konkret zählten hierzu terroristische Anschläge auf christliche Minderheiten ebenso wie eine Verweigerung des Rechtes auf Religionswechsel und gezielte soziale Ausgrenzung sowie Benachteiligung.

Matthias Vogt, der Generalsekretär des katholischen "Deutschen Vereins vom Heiligen Lande", unterstreicht die Sicht der evangelischen Auslandsbischöfin: Auch er sieht eine weltweite Zunahme des Drucks auf bekennende Christen.

Dies gelte, sagt der gelernte Islamwissenschaftler, vor allem für Afrika und Asien, wo er gleich mehrere Problemfelder für die Religionsfreiheit von Christen sieht: "Das eine ist der Hindunationalismus in Indien, wo es für Christen immer schwieriger wird, ihre Rechte von der Regierung in Delhi garantiert zu bekommen. Das zweite sind autoritäre und ehemals kommunistische Regime wie Nordkorea und Vietnam, die die Religionsfreiheit stark einschränken."

Zudem gibt es laut Vogt im Nahen Osten ein großes Problem - insbesondere in Saudi-Arabien, wo der wahhabitische Islam Staatsreligion ist - sowie in Westafrika, speziell in Nigeria, wo Christen Gewalttätigkeit durch die Gruppe Boko Haram ausgesetzt sind.

Besonders bedrückend sei, dass seit Jahren immer mehr Christen den Nahen Osten verlassen. So stellten sie vor rund 100 Jahren im ausgehenden Osmanischen Reich noch rund 20 Prozent der orientalischen Bevölkerung. Heute sind es nicht einmal mehr fünf Prozent. Besonders stark flohen die Christen in den vergangenen Jahren aus dem Irak und Syrien. Im Zweistromland sank ihre Zahl seit dem Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein von 1,5 Millionen auf heute rund 200.000 Menschen. Aus Syrien flohen durch den Bürgerkrieg rund zwei Drittel der Christen - das sind mehr als eine Million.

Zwar habe der Exodus der Christen aus dem Nahen Osten im ablaufenden Jahr wegen der Corona-Pandemie nicht weiter angezogen. Doch hat sich ihre Lage nach Vogts Angaben auch nicht verbessert. Weltweit habe die Pandemie eher zu einer Verschlechterung beigetragen: "Corona hat die Armut verschärft und somit auch den Zulauf zu extremistischen Gruppen", sagt er. "Dies ist ein Grund, weshalb es für Christen zum Beispiel in Nigeria noch einmal gefährlicher geworden ist."

Ob das Christentum im Nahen Osten infolge des anhaltenden Exodus möglicherweise einmal komplett verschwinden wird, darüber gibt es unterschiedliche Vermutungen. Momentan wird eher darüber diskutiert, wie man hierzulande angemessen darauf reagieren kann, dass so viele orientalische Christen ihre eigene Heimat und somit auch die Heimat ihrer Religion verlassen.

Bischöfin Bosse-Huber empfiehlt hier eine zweigleisige Strategie: Es gelte, denjenigen Christen, die nach Mitteleuropa kommen, einen guten Neustart zu gewährleisten. Gleichzeitig müsse aber auch alles unternommen werden, um Christen im Nahen Osten zu unterstützen - sowohl materiell als auch spirituell. Hier seien Kirchen und Politik gleichermaßen gefordert.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/weihnachten-christen-arabische-welt-101.html>

Weltweit: Sonntag der verfolgten Kirche am 15. November 2021 einplanen

In diesem Jahr ist dieser Gebetstag erstmals nicht Christen in einzelnen Ländern gewidmet, sondern zwei Regionen unserer Erde, in denen unsere Glaubensgeschwister massiv verfolgt werden, und der unter massivem Druck stehenden weltweiten Gemeinde ehemaliger Muslime, die zum Glauben an Jesus gefunden haben, international bekannt unter dem Begriff MBBs (Muslim Background Believers)

Weltweit: Sonntag der verfolgten Kirche am 15. November 2021 einplanen

AKRE/AKREF Österreich/04.01.2021. Der Arbeitskreis Religionsfreiheit und Einsatz für Menschenrechte der Deutschen Evangelischen Allianz (AKREF) hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass dieses Jahr statt einzelne Länder Regionen und Bewegungen in den Mittelpunkt gestellt werden sollen beim Internationalen Gebetssonntag für verfolgte Christen in diesem Jahr 2021. Es geht um die Sahelzone, den Golf von Bengalen und die Erweckungsbewegung in der ganzen islamischen Welt.

Afrika südlich der Sahara: Der Terror der islamistischen Bewegung Boko Haram hat längst von Nigeria auf die Nachbarstaaten Tschad, Niger und Kamerun übergreifen. Im einstmaligen friedlichen Burkina Faso gibt es aufgrund anhaltender dschihadistischer Gewalt fast eine Million Binnenflüchtlinge. In Uganda und der Demokratischen Republik Kongo terrorisieren Rebellen der islamistischen ADF vor allem die christliche Bevölkerung. Im Nordosten Kenias leiden Christen unter Angriffen der aus Somalia eingedrungenen Al Shabaab. **Im Norden Mosambiks terrorisieren Islamisten seit Jahren die Bevölkerung. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht.**

Golf von Bengalen: In Bangladesch erleben sowohl ehemalige Muslime als auch Hindus, die zum Glauben an Jesus gekommen sind, Verfolgung und soziale Ausgrenzung. Sie treffen sich daher heimlich in Kleingruppen. Aus Myanmar geflohene Christen, die dem Stamm der Rohingya angehören, werden von ihrer mehrheitlich muslimischen Volksgruppe schikaniert. In Myanmar verbliebene Rohingya erleiden überdies Unterdrückung durch die Armee. Die meisten Christen in Myanmar gehören ethnischen Minderheiten wie Kachin, Chin, Karen und Shan an. Infolge der Kämpfe zwischen Armee und Rebellengruppen in ihrer Region leben über 100.000 von ihnen in Lagern ohne Versorgung. In den am Golf von Bengalen gelegenen indischen Bundesstaaten Odisha und Andhra Pradesh werden insbesondere Christen hinduistischer Herkunft massiv verfolgt. Radikale Hindus betrachten das Christentum als ausländische Religion. Ihr illusorisches Ziel war, bzw. ist es, Indien bis 2021 von jeglicher christlicher oder muslimischer Präsenz zu säubern.

MBBs - Christliche Konvertiten aus dem Islam: Immer mehr Muslime kommen zum Glauben an Jesus Christus. Wenn sie sich entscheiden, Jesus nachzufolgen, stehen viele von ihnen vor enormen Herausforderungen und brauchen besondere Gebetsunterstützung. Konvertiten aus dem Islam verlieren nicht nur ihre Familie und Arbeit, sondern auch Identität und Freiheit. Selbst in bestehenden Kirchen erleben sie oftmals Ablehnung. So dürfen z.B. die traditionellen Kirchen der ethnischen Minderheiten im Iran und den meisten islamisch geprägten Ländern keine ehemaligen Muslime aufnehmen. Doch sie, die um Jesu willen alles verloren haben, brauchen Familie und Begleitung. Daher wurde die von Konvertiten geründete und geleitete Communio Messianica ins Leben gerufen, um den in allen Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit und auch im Westen in erheblichen Zahlen vorhandenen MBBs Identität, Zugehörigkeit und Legitimität als Gemeinschaft in ihrem neu gefundenen Glauben an Jesus zu geben.

Wer sich über die ermutigenden Entwicklungen informieren will, findet Zeugnisse und Berichte in verschiedenen Sprachen sowie Videos unter <https://mbbglobal.net/>

Unterstützen wir unsere verfolgten und bedrängten Geschwister in diesen Regionen und auf der ganzen Welt mit unseren Gebeten und lassen wir uns ermutigen von Jesus selbst, der von sich sagt: „Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden“ (Matth. 28,18).

Ein Arbeitsheft zur Gottesdienstgestaltung und zum persönlichen Gebet mit detaillierten Informationen erhalten Sie ab September als Download unter www.evangelischeallianz.at bzw. die Printversion kostenlos bei der Österreichischen Evangelischen Allianz.

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz (DEA)

Spendenkonto:

IBAN: DE8752060410000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]